

GERD STURM

DIE INKOMPATIBILITÄT

Eine Studie zum Problem der Unvereinbarkeiten
im geltenden deutschen Staatsrecht



C.H.BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN MCMLXVII

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	IXX

I. TEIL

1. Abschnitt: Der Begriff der Inkompatibilität

I. Seine Herkunft	1
II. Inkompatibilität als staatsrechtlicher Begriff	
1. Die Begriffsmerkmale	2
2. Inkompatibilität und Ineligibilität	4
3. Die Inkompatibilitätsformen	
a) Absolute (unbedingte) - partielle (temporäre) Inkompatibilität	6
b) Eigentliche (echte) - uneigentliche (unechte) Inkompatibilität...	7
c) Inkompatibilität im engeren (formellen) und im weiteren (materiel- len) Sinn	8

2. Abschnitt: Die Grundlagen der Inkompatibilität

I. Die Systematisierung der Inkompatibilitäten nach Rechtszwecken	
1. Die Inkompatibilitätstypen nach Werner Weber.	8
2. Die Verwendbarkeit dieser Typenreihe.	10
II. Inkompatibilität und Gewaltenteilung	11
1. Die Entwicklung des Gewaltenteilungsprinzips	
a) Die geistesgeschichtlichen Wurzeln.	12
b) Die historisch-politischen Wurzeln.	15
c) Locke und Montesquieu.	16
d) Historische Auswirkungen.	19
2. Objektive (funktionelle) und subjektive (personelle) Gewaltenteilung	21
3. Modifikationen der Gewaltenteilungslehre.	25
a) Versuche neuer Gliederungen	
aa) Die Einführung einer vierten Funktion.	26
bb) Aufteilung in zwei Gewalten.	26
cc) Weitere kritische Ansätze.	28
b) Die Kritik Kägis an der Gewaltenteilung	29
4. Die Bedeutung des Gewaltenteilungsprinzips im Rechtsstaat der Ge- genwart	
a) Gewaltenteilung und politische Wirklichkeit	
aa) Der Sachverhalt	31

bb) Werner Webers Analyse	32
cc) Der verbleibende Sinn des Gewaltenteilungsprinzips.	33
b) Das Gewaltenteilungsprinzip und seine Durchbrechungen	36
aa) Die Durchbrechungen im funktionieilen Bereich	37
bb) Die Durchbrechungen der subjektiven Gewaltenteilung (zur aktuellen Bedeutung der Inkompatibilitäten).	38
III. Inkompatibilität und die politische Neutralität der Verwaltung	41
1. Der unmittelbare Einfluß der Parteien auf die Verwaltung.	42
a) Sachbezogene Beeinflussung	43
b) Ämterpatronage.	44
2. Die Rechtslage	47
3. Die Forderung politischer Neutralisierung der Beamtenschaft in Deutschland.	49
4. Die Entwicklung neutraler Bürokratien in Großbritannien und den Vereinigten Staaten.	53
a) Der englische civil Service.	54
b) Die Verwaltung in den Vereinigten Staaten.	56
c) Die Folgerungen für Deutschland.	58
5. Die heutige Berechtigung der Neutralitätsthese.	61
6. Inkompatibilitäten als Mittel der Beamtenneutralisierung	66

2. TEIL

1. Abschnitt: Das Amt des Bundespräsidenten

I. Die politischen Inkompatibilitäten nach Artikel 55 Absatz 1 Grundgesetz	
1. Sinn und Zweck der Vorschrift	69
2. Der Umfang des Verbots in Artikel 55 Absatz 1 Grundgesetz	73
II. Die Inkompatibilitäten der nichtpolitischen Sphäre (Artikel 55 Absatz 2 Grundgesetz).	75
III. Die Rechtswirkungen des Artikels 55 Grundgesetz	
1. Die Übernahme des Präsidentenamtes.	76
2. Die Übernahme unvereinbarer Funktionen durch den amtierenden Präsidenten.	77

2. Abschnitt. Die Zugehörigkeit zu Verfassungsgerichten und Rechnungshöfen

I. Die Inkompatibilitäten für Verfassungsrichter	
1. Positive Rechtslage	
a) Bundesrecht (Bundesverfassungsgericht).	78
b) Landesrecht (Landesverfassungsgerichte).	79
2. Der rechtliche Geltungsgrund	81
II. Die Inkompatibilitäten für Mitglieder von Rechnungshöfen.	84

3. Abschnitt: Die Zugehörigkeit zur Bundesregierung

I. Die Inkompatibilitäten für Mitglieder der Bundesregierung nach positivem Recht

1. Politische Unvereinbarkeiten 85

2. Unvereinbarkeiten im nichtpolitischen Bereich

 a) Umfang und Wirkung 89

 b) Der Sinn dieser Unvereinbarkeiten 91

II. Das Verhältnis von Ministeramt und Abgeordnetenmandat im Bund . . . 91

4. Abschnitt: Die Zugehörigkeit zu den Länderregierungen

I. Inkompatibilitäten in der nichtpolitischen Sphäre 96

II. Die unvereinbaren politischen Funktionen auf Landesebene. 98

III. Die unvereinbaren politischen Funktionen in Bundesorganen (insbesondere Doppelmitgliedschaft in Bundesrat und Bundestag). 99

5. Abschnitt: Das Parlamentsmandat. 109

I. Die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundestag und in einem Landesparlament (Doppelmandat). 109

II. Die Zugehörigkeit von Parlamentsabgeordneten zum Bayerischen Senat 111

III. Wirtschaftliche Inkompatibilitäten für Parlamentsabgeordnete. 111

IV. Mandat und Parteiamt 117

Exkurs: Der Wehrbeauftragte des Bundestages. 118

6. Abschnitt: Parlamentsmandat und öffentlicher Dienst 119

I. Die Vereinbarkeit von Mandat und Beamtenstatus in der neueren deutschen Verfassungsgeschichte. 119

II. Das Verhältnis von Parlament und öffentlichem Dienst in Großbritannien und den Vereinigten Staaten 125

 1. Die amerikanische Regelung. 126

 2. Die englische Regelung. 127

III. Die Zugehörigkeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zum Bundestag nach positivem Recht

 1. Artikel 137 Absatz 1 Grundgesetz 130

 2. Die einfachen Gesetze auf der Grundlage des Artikels 137 Abs. 1 Grundgesetz 133

?**JV.** Die Zugehörigkeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu den Landesparlamenten

 1. Die positive Rechtslage

 a) Der Kreis der unvereinbaren Ämter. 136

 b) Die Rechtsfolgen der Unvereinbarkeit 139

 2. Die Problematik der einzelnen Regelungen

 a) Die Mehrheitsregelung. 141

b) Die Inkompatibilität in Hamburg und Berlin.142
c) Die in Bayern und Bremen geltende Kompatibilität.142
Exkurs: Bayerischer Senat und öffentlicher Dienst.146
V. Sinn und Berechtigung der parlamentarischen Inkompatibilitäten für den öffentlichen Dienst.147
VI. Rechtspolitische Fragen	
1. Ineligibilität statt Inkompatibilität ?.157
2. Zum Kreis der unvereinbaren Ämter	
a) Beschränkung der Inkompatibilität auf Beamte mit Hoheitsbefug- nissen ?.159
b) Inkompatibilität nur auf derselben Ebene ?.161
c) Einbeziehung der kommunalen Wahlbeamten ?.163
3. Die Bezüge der in ein Parlament gewählten Beamten.166
Schlußbemerkung.169
Sachverzeichnis.171